

© Gero Neugebauer

## Zur Akzeptanz der PDS in der politischen Konkurrenz

Eine Bemerkung vorweg:

Ich habe den Titel meines Beitrags, der sich mit der PDS im politischen Diskurs befassen sollte, so interpretiert, dass ich nun etwas darüber sagen will, wie sich insbesondere die CDU und die SPD mit der PDS befassen<sup>1</sup>. Dabei interessiert mich vor allem zu erfahren, ob und gegebenenfalls wie diese Parteien die PDS akzeptieren. Ich halte diese Frage deshalb für wichtig, weil das ostdeutsche Segment des Parteiensystem sich vom westdeutschen unter anderem dadurch unterscheidet, dass im ostdeutschen nicht alle Parteien sich gegenseitig als prinzipiell koalitionsfähig betrachten. Die Umwidmung des ursprünglichen Themas ist deshalb erfolgt, weil ich keinen Diskurs über Politik unter Einschluss der PDS, wie er beispielsweise in der "Crossover" - Debatte<sup>2</sup> geführt wurde, kenne; eben sowenig war es mir möglich, eine Debatte zwischen den Parteien - unter wie ohne Einschluss der PDS - über Politik oder über Programm der PDS zu finden. Einerseits ist sie durchaus gelegentlicher Gegenstand interner Debatten oder von parteinahen Expertisen, andererseits beschäftigt sich die PDS sehr viel mehr mit den anderen beiden Parteien, beispielsweise gezeigt am "Schnittstellenpapier"<sup>3</sup> der Bundestagsgruppe, als diese sich mit der PDS befassen.

Einige Thesen zur Akzeptanz von Parteien:

- Eine Partei gilt beim Wähler als akzeptiert - und als etabliert, wenn sie drei Wahlperioden lang im nationalen Parlament vertreten gewesen ist. Der Umkehrschluss ist statthaft.
- Eine Partei gilt bei anderen Parteien als akzeptiert, wenn sie aktiv in deren Kalkül um die Verteilung von Macht einbezogen wird. Das kann Ausmanövrieren, Tolerieren, dass kann Koalieren sein. Mangelnde Akzeptanz bedeutet insofern Nichtberücksichtigung bei der Kür von Kooperationspartnern. Voraussetzungen dafür, dass die Partei in solche Kalküle einbezogen wird ist, dass sie einer Position ist, in der sie andere bedrohen kann, in der sie Forderungen stellen kann, in der sie beachtet werden muss. Ausschlaggebend sind zuerst einmal nicht Programm und Personal, sondern die parlamentarische Stärke.

---

1 Bündnis 90/Die Grünen und die FDP bleiben wegen ihrer momentanen Bedeutungslosigkeit für den ostdeutschen Parteienwettbewerb ausgespart.

2 Gemeint ist ein faktisch wirkungslos gebliebener "Diskussionskreis" unter Beteiligung von Personen aus dem Umfeld der Bündnisgrünen, der SPD sowie aus der PDS, der "inhaltliche Deckungsflächen" (Willy Brüggem) zwischen den drei Parteien ausloten wollte. Vgl. Dieter Rulff, Die Geister von 68 und der Geist von 89, in: taz v. 15.04.97, S.5.

3 Das "Schnittstellenpapier" wurde 1997 mit der Absicht erstellt, Gemeinsamkeiten und Differenzen zwischen politischen und programmatischen Positionen der PDS, der Bündnisgrünen und der SPD auf verschiedenen Politikfeldern auszuloten. Vgl. Schnittstellenpapier, masch. Manuskript, o. O. (Bonn), 06.05.1997.

Der Wettbewerb der Parteien macht es nötig, zwei Ebenen zu betrachten: Neben den Parlamenten auf der einen die politische Ebene auf der anderen Seite, d.h. das Verhältnis, das die Parteien untereinander haben, unabhängig davon, ob sie in Parlamenten in der Opposition oder in der Regierung beteiligt sind.

Da die PDS in vielen ostdeutschen Kommunen und in zwei Ländern mittelbar oder unmittelbar auf der jeweiligen Regierungsebene agiert, könnte mensch geneigt sein, das als die Voraussetzungen für die - auch gegenseitige - Akzeptanz der Parteien auf der kommunalen Ebene auf die Länder- oder gar die Bundesebene zu hieven. Das ist schon deshalb verkehrt, weil auf der kommunalen Ebene das sogenannte Konkordanzprinzip herrscht: es gilt das Wohl der Bürger durch gemeinsame Anstrengungen zu erreichen; Parteiwettbewerbe sind hier zwar auch sichtbar, aber (noch immer) zweitrangig.

Auf der Bundes- wie auf der Landesebene kommen andere Faktoren zur Geltung, denn hier herrscht einerseits uneingeschränkt der Parteienwettbewerb und andererseits gilt es, gegebenenfalls kooperieren zu müssen, um Mehrheiten zu haben, die zu Machtveränderungen führen sollen. Gegenseitige Akzeptanz, oder Akzeptanz hier ist nicht bereits dadurch gegeben, dass die Parteien im Landtag oder im Bundestag vertreten sind.

Welche Indikatoren gibt es für Akzeptanz?

Ich will hier zwischen harten und weichen Indikatoren für die gegenseitige Akzeptanz unterscheiden.

Harte Faktoren sind oder können sein:

- a) Koalitionen,
- b) Bedingungen, unter denen Regierungspakte geschlossen werden, sowohl was Personalvorschläge als auch (geplante) politische Inhalte der Regierungsarbeit geht,
- c) gemeinsame Gesetzesanträge,
- d) häufige gemeinsame sonstige Anträge,
- e) häufige gemeinsame Entschlüsse, die den Wähler erkennen lassen, dass hier eine Übereinstimmung zwischen zwei oder mehreren Parteien besteht; dieses kann ein Faktor sein, der die Wahrnehmung einer Partei durch den Wähler/die Wählerin beeinflusst,
- f) Unterstützung von Wahlvorschlägen einer dritten Partei für Positionen und für Gremien innerhalb des Parlaments ohne "Rechtsanspruch",
- g) Unterstützung von Wahlvorschlägen einer dritten Partei für Positionen und Gremien außerhalb des Parlaments (Rundfunkräte, Vorstandsfunktionen in Landesgesellschaften, Gerichte etc. pp.).

Zu den weichen Indikatoren zähle ich

- die gelegentliche Kooperation in Antrags-, Entschlüsselung und Personalangelegenheiten,

- die Inanspruchnahme für taktische Manöver gegenüber einer dritten Partei,
- die informelle und formale Zusammenarbeit in Personalangelegenheiten auch ohne Zwang zur Einigung.

Also faktisch könnte Akzeptanz im parlamentarischen Raum ohne Koalitionsbeteiligung alles sein, was Mehrheitsbeschaffung in engerem und weiterem Sinne und das Eingehen auf Vorschläge betrifft und zugleich regelmäßig oder häufiger stattfindet. Häufig ist beliebig zu definieren, selten kann man es nennen, wenn es immer wieder auffällt, dass da mal was stattfindet. Dann ist das aber in jedem Einzelfall vom Zweck her zu analysieren. Wenn Herr Schönbohm in Brandenburg sagt, er wolle die programmatische Auseinandersetzung oder Befassung mit der PDS, sie aber nicht in das Verfahren einschließen will, dass im Landtag bei Anträgen der DVU-Fraktion angewendet wird, dann ist das keine Akzeptanz, denn er will nicht; eben sowenig wie die CDU/CSU im Deutschen Bundestag die PDS bei dem Rentengipfel dabei haben wollte. Und um die SPD nicht zu unterschlagen: Das gilt auch für die Zustimmung zum Vorschlagsrecht der PDS in Brandenburg für die Positionen der Verfassungsrichter oder bezüglich der Bereitschaft, der CDU/CSU-Fraktion im obigen Fall zu folgen. Qualitativ ist die Haltung in Brandenburg etwas anderes als die Weigerung, die PDS bei der Besetzung von Positionen, z. B. in parlamentarischen Kontrollkommissionen für die Geheimdienste, überhaupt zu beteiligen. Die Forderung, akzeptiert zu werden, weil die Partei im Parlament ist, ist naiv, denn das führt, weil - und wenn - damit Voraussetzungen für die Geschäftsordnung erfüllt werden, zur formalen Respektierung.

Fazit für diesen Teil:

- Akzeptanz ist die Basis für Kooperation. Das Gegenteil ist, in der "Marktsprache" ausgedrückt: Die Konkurrentin wird nicht für den Wettbewerb zugelassen. Das funktioniert letztlich nur unter monopolistischen Bedingungen; im Mehrparteiensystem sieht sich die eine Partei dann einem Kartell der anderen gegenüber.
- Akzeptanz ist die Voraussetzung für eine Strategie, die die PDS in den Parteienwettbewerb ebenso integriert wie in die Politik, ihr also als Konkurrentin gleiche Rechte zugesteht und sie nicht von der Kooperation prinzipiell ausschließt.

Voraussetzung dafür, sich mit der PDS einzulassen oder das nicht zu tun, ist ihre Bewertung durch die Konkurrentinnen<sup>4</sup>; immanent geht darin stets die politische Zweckmäßigkeit eines solchen Handelns ein.

Nach welchen Kriterien aber misst man in den anderen wichtigen Parteien die PDS?

Allgemein kann man sich aussuchen, was man will, aber man muss dann die Logik der Argumentation und ihre Konsistenz ebenso beachten wie die Empirie, d.h. die Argumente müssen in der Wirklichkeit vorfindbar sein. Das Argument der "Verfassungsfeindlichkeit" zum Beispiel ist poli-

---

4 Ich folge hier weitgehend Joachim Raschke, SPD und PDS. Selbstblockade in der Opposition, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 39 (1994) 12, S. 1453-1453.

tisch zulässig, aber nicht empirisch belegbar; das wäre "Verfassungswidrigkeit", aber der Vorwurf wird nicht erhoben.

Auf unserer Ebene der Kontrolle programmatischer und politischer Aussagen der PDS hinsichtlich ihrer Konsistenz fällt bei bestimmten Positionen ein "sowohl- als auch" auf, beispielsweise bei Vorstellungen über Eigentumsverfassungen, was dann zur Schlussfolgerung führt: Es gibt Unge-  
wissheiten über die PDS.

Nimmt man das Kriterium Moral, dann könnte man sich auf das totalitäres Erbe der PDS und die Fehlerdiskussion konzentrieren, d.h. zum Schwerpunkt seiner Betrachtung und nachfolgenden Wertung die Befassung der PDS mit der SED und ihrer Herrschaft in der DDR machen und dann zu einem Ergebnis kommen. Nur ist die Frage, ob eine solche wertrationale Position: "Ich kann nicht mit einer Partei zusammenarbeiten, die sich nicht mit dem Beitrag der Mitglieder der SED zum alltäglichen Stalinismus in der DDR befassen will!", von einer Partei durchgehalten werden kann? Da kann eine Partei nicht auf Dauer, sondern nur für eine bestimmte Zeit sagen: In A-Dorf ja, in B-Land vielleicht, im Bund nein! Irgendwann gibt es auf der moralischen Ebene nur ein Ja oder ein Nein. Das gilt auch für die Bewertung anderer Komplexe wie Geschichte der Arbeiterbewegung, Befürwortung der Beteiligung der Bundesrepublik an militärischen Aktionen der NATO durch SPD und Grüne und anderes.

Nimmt man das Kriterium Ideologie und fragt, was will die PDS als Sozialismus, kann ein ebenso unsicheres Urteil herauskommen. Die Aufgeregtheiten in der PDS um die Programmthesen zeigen, dass für die Verteidiger des alten Konzepts das neue Konzept schon steht, für Außenstehende ist überhaupt noch nicht klar, was Sozialismus sein soll. Wenn beispielsweise Diskussionen über Möglichkeiten, wie eine demokratisch organisierte und zugleich effiziente Produktion ohne dirigistische (planwirtschaftliche) Elemente organisiert werden kann oder in welcher Weise sozialstaatliche Leistungen erhalten können bzw. welche es überhaupt geben kann, geführt werden und ob man Verteilungsgerechtigkeit oder Teilhabegerechtigkeit oder Leistungsgerechtigkeit als Kern von sozialer Gerechtigkeit definiert, dann dominieren bei der urteilenden Partei, sofern diese einen Machtwechsel oder die Regierungsmehrheit anstrebt, Kriterien wie Machbarkeit, Plausibilität, Vermittelbarkeit. Ist die Konzeption nicht konsistent, kann der andere Akteur sagen: Fangt mal an, klare Begriffe zu formulieren oder hört mal damit auf, beliebig dieses und jenes zu zitieren. Weder taugt dabei der Hinweis auf frühere Übereinstimmungen in bestimmten Punkten, noch muss heute als Voraussetzung für politische Kooperation um die Bewertung der Haltung von Karl Liebknecht zur Frage der Kriegskredite gestritten werden.

Andere Beurteilende reden von der Absicht der PDS, freiheitliche Demokratie und demokratische Bürgerrechte beseitigen, Parlamente instrumentalisieren, also die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik durch eine sozialistische/kommunistische ersetzen zu wollen. Hier gilt das oben Gesagte: Der Vorwurf muss verifizierbar sein.

Ein weiteres Kriterium ist der politische Pragmatismus, der sich in der Frage verbirgt: Was leistet die PDS? Wer meint, die PDS leiste einen wichtigen Beitrag zur Integration, der könnte sagen, ich arbeite mit der PDS zusammen, um die innere Einheit Deutschlands voranzubringen. Das erfordert die Befassung mit dem "Ostinteresse", das die PDS repräsentiert. Ebenso sind dann andere Fragen, beispielsweise nach arbeitsmarkt-, wirtschafts- oder sozialpolitischen Konzepten der PDS angebracht; natürlich bezogen auf die Ebene, auf der kooperiert werden soll.

An Hand dieser Kriterien lässt sich erkennen, was bei einer Beurteilung von Parteien durch Parteien geleistet werden sollte, nämlich einerseits die Beurteilungskriterien zu nennen und zu unterscheiden sowie entscheiden, welche ausgewählt werden und dabei zu bedenken, welche Konsequenzen sich aus der Wahl ergeben.

Die Beurteilung einer Partei durch andere wird durch internen Grenzen und Strukturen in den einzelnen Parteien bestimmt. Dabei spielen zeitgeschichtliche wie aktuelle Faktoren eine Rolle. Im Entscheidungsprozesses müssen die Ergebnisse der Beurteilung wie das eigene Interesse gewichtet und die Veränderungen des politischen Umfeldes wie der Wettbewerbssituation gewichtet werden. Hier hat sich, bezogen auf die Situation der PDS gegenüber den konkurrierenden Parteien, die Lage gegenüber 1994 geändert: Keine der konkurrierenden Partei träumt heute mehr ernsthaft davon, die PDS dadurch "klein zu kriegen", dass man ihr die Wähler wegnimmt.

Wie sieht es nun mit den Strategien der einzelnen Parteien aus?

Bis 1998/99 hat die CDU die PDS mit der Absicht thematisiert, die eigenen Anhänger zu mobilisieren und den Gegner, d.h. die SPD, zu spalten. Nimmt man die Rote Socken-Kampagne als Beurteilungspunkt, dann lag bei der CDU der Tenor 1994 auf der Moralfrage (PDS vereint die "Folterknechte des alten Systems", O-Ton CDU-Generalsekretär Peter Hintze). Die Variante 1998, die sogenannten "Händedruck-Kampagne" war Ergebnis einer politisch-pragmatischen Beurteilung: "Die PDS wolle über ein Bündnis mit der SPD und den Grünen an die Macht", worüber die CDU die Öffentlichkeit aufzuklären habe. Dahinter verbarg sich die Machtfrage, genauer, die Angst der CDU vor dem Verlust der tatsächlichen oder der potentiellen Macht, nämlich als Regierungspartei in ostdeutschen Ländern.

Im Zusammenhang der obigen These kann gesagt werden: Die Strategie der CDU gegenüber der PDS war repressiv i. S. des Bestreitens der Legitimität der Positionen der Partei, und sie war konfrontativ und polarisierend. Das hatte zur Folge: keine Kontakte, keine Kooperation, Versuch der Eliminierung. Beispiel: die Wahlrechtsänderung mit dem Ziel, die Direktmandatregelung abzuschaffen oder das Gerede von der "Verfassungsfeindlichkeit". Im Kontext der altdeutschen politischen Kultur symbolisierte die PDS für die CDU die Fortsetzung des Sozialismus/Kommunismus auf deutschem Boden. Davor haben die Grünen mal das Vergnügen gehabt, Gegenstand einer diskriminierenden und repressiven Strategie der CDU gewesen zu sein. Sie ist mit der fortschreitenden Integration der Grünen in das Parteiensystem verschwunden und heute reden Grüne von möglichen Koalitionen mit der CDU.

Die konfrontative Strategie ist in der CSU nicht aufgegeben worden, in der CDU ist sie kulturell weiter verankert, aber von der Führung um eine Variante ergänzt worden: Da die Wahrnehmung der PDS in der westdeutschen Öffentlichkeit einen Wandel erfährt und im Osten die alte Sicht, d.h. die PDS als verkappte SED, nicht mehr ausreichend überzeugt<sup>5</sup>, akzeptiert die offizielle CDU vordergründig die Veränderungen. Sie muss das auch tun, um ihre erklärte Bereitschaft, sich mit der PDS programmatisch auseinandersetzen zu wollen, zu legitimieren. Nebenbei, da sie ihre Integrationsleistung bezüglich der DDR-CDU vollbracht hat, gibt es da eine Art Alibi gegenüber den internen Kritikern. Zur Zeit besteht aber angesichts der abgelaufenen Wahlen kein Bedarf, der taucht erst im Vorfeld der nächsten Landtags- und Bundestagswahlen auf. Insofern ist es wichtig zu sehen, was in den Landtagen läuft, insbesondere in M-V und in Sachsen-Anhalt, wo die PDS Regierungspartei bzw. regierungsnah und die CDU Oppositionspartei ist.

Auf der ideologischen Ebene gibt es m. W. keine unmittelbare Befassung der CDU mit dem Programm der PDS, man bedient sich da der Zuarbeit von Experten, die u. a. bei der Adenauer-Stiftung publizieren. Reduzierte sich bislang die Befassung auf die Frage, ob die PDS eine demokratische Partei sei, weil das entscheidend für die Bildung von Bündnissen sei, wird gegenwärtig stärker die politische Praxis der PDS auf der Bundesebene beurteilt. Das Ergebnis, ein Einstellungswandel zur Integration in die Bundesrepublik sei nicht erkennbar und die Bekenntnisse zum Grundgesetz seien nicht mit einem demokratischen Verständnis gleichzusetzen<sup>6</sup>, ist nicht weit entfernt von der bisherigen Beurteilung. Mit zusätzlichen Hinweisen auf das DDR-Verständnis im Programm der PDS, auf das Rechtsstaatsverständnis und das Ende der Vergangenheitsdebatte wird dann begründet, weshalb "ein demokratischer Wandel der PDS endgültig von der politischen Agenda verschwunden sei."<sup>7</sup> Wenn daraus geschlossen wird, das sei auch die Einstellung der CDU-Führung gegenüber der PDS, dann kann der Mut erstaunen, mit dem seitens der PDS Bündnisofferten an die CDU gemacht werden<sup>8</sup>.

Damit zur Strategie der SPD gegenüber der PDS.

**Die** Strategie gibt es nicht, es gab und gibt, wie übrigens auch in der CDU, immer eine Ost-West-Differenz - und eine zusätzliche Ost-Ost-Differenz - und daraus resultierende Haltungen. Die Situation für die PDS wäre leichter, wenn nicht Reste der SPD weiterhin beanspruchen würden, Mitglieder einer Partei zu sein, die Wertorientierungen wie soziale Gerechtigkeit und demokratischer Sozialismus für die SPD reklamieren und beide Parteien nicht stellenweise die um die gleichen Wähler konkurrieren würden.

---

5 Vgl. Wolfram Brunner, 10 Jahre nach dem Mauerfall: Die Bewertung der deutschen Einheit und der PDS in Ostdeutschland, Sankt Augustin, September 1999 (Analysen und Positionen der Konrad-Adenauer-Stiftung).

6 Vgl. Jürgen Hoffmann/Viola Neu, Getrennt agieren, vereint marschieren? Die Diskussion über ein Linksbündnis bei SPD, Grünen und PDS. St. Augustin 1998 (Interne Studie Nr. 162/1998, S. 56).

7 Ebenda, S. 58.

8 Vgl. "Einen PDS-Ministerpräsidenten werde ich noch erleben". Interview mit Lothar Bisky in: Der Tagespiegel vom 21.11.1999, S. 4.

Innerhalb der SPD lassen sich drei Positionen finden:

Position 1: Die PDS ist eine legitime Konkurrentin im Parteienwettbewerb, das Verhältnis zu ihr ist zu normalisieren, sie muss integriert werden.

Position 2: Die PDS muss konfrontativ angegangen werden, ihre Legitimität müsse bestritten und die Besetzung von Positionen, die die SPD für sich reklamiert, muss zurückgewiesen werden.

Position 3: Die Haltung gegenüber der PDS ist eine Funktion der Vorwürfe der CDU gegenüber der SPD bezüglich des angeblichen oder tatsächlichen Umgangs mit der PDS, weshalb situativ entschieden werden müsse.

Die SPD bestimmte ihr Verhältnis zur PDS bis zum Rücktritt von Oskar Lafontaine so: Sie und nicht die PDS sei die eigentliche Linke und könne deshalb von dem Teil des Feldes, das sie politisch in der Gesellschaft bestelle, keinen Teil der PDS überlassen. Deshalb sei bei Beibehaltung des sozialdemokratischen Wertespektrums, wie es sich nach der Verabschiedung des Berliner Programms von 1989 darstellte, eine integrative Strategie zu verfolgen, an deren Ende die PDS in ihrer Bedeutung reduziert gewesen und die SPD im ostdeutschen Parteiensystem zum Gegenpol der CDU geworden wäre. Das war eine tendenzielle Abkehr von der alten, 1994 in der "Dresdner Erklärung" formulierten Strategie, keine Kooperation mit der PDS einzugehen, um sich in einer als konfrontativ empfundenen Situation nicht dem Vorwurf auszusetzen, mit der PDS gemeinsame Sache zu machen, weshalb sie dann doch die Koalition mit der CDU bevorzugen und Wählerverluste in Kauf nehmen würde. Diese Strategie ist zuletzt 1999 in Brandenburg realisiert worden, während sie in Mecklenburg-Vorpommern nicht gegriffen hat. Hier konnte sich die SPD auf die den ostdeutschen Landesverbänden gewährte Autonomie bei der Entscheidung über Koalitionsfragen mit der PDS berufen.

Blickt man auf die Positionsveränderungen im Parteiensystem, dann könnte vermutet werden, dass die gegenwärtige Situation eine neue Strategie erfordert. Einerseits geht die SPD in die neue Mitte - und niemand weiß, ob sie von da wieder zurückkommt, und die PDS wird von den Wählern in den ostdeutschen Ländern mehr als die SPD mit dem sozialdemokratischen Zentralwert "Soziale Gerechtigkeit" belehnt. Andererseits bietet die PDS der CDU Koalitionen an und die CDU erklärt sich bereit, die PDS nicht mehr zu schmähen, sondern sich mit ihr programmatisch befassen zu wollen; das Ergebnis hält sie offen. Damit sind die früheren Restriktionen für die SPD, der umfassende "Linksanspruch" wie die Instrumentalisierung durch die CDU, nicht mehr gegeben. Wenn die PDS mit dem Angebot an die CDU ihre eigene Blockade aufgibt, kann sie auf die SPD als die einzig verbleibende Kraft zeigen, die sich blockiert - und Blockaden zahlen sich erfahrungsgemäß nicht aus. Position drei könnte also der Vergangenheit angehören, wodurch das ostdeutsche Parteiensystem dem westdeutschen ähnlicher werden würde. Aber bislang ist das nur hypothetisch, denn noch immer sehen weite Teile der SPD im Osten die PDS und nicht die CDU als ihren wichtigsten Gegner an.

Die konfrontative Position (2) ist in der SPD dort zu finden, wo das "Links-Argument" neu verwendet wird: wenn sich die PDS links von der SPD im Parteiensystem niederlassen würde, dann gefährde das die künftige Mehrheitsfähigkeit der Koalition aus SPD und Bündnisgrünen, denn die PDS, so sie von der SPD im Osten wie im Westen Wähler gewinnt, nimmt nur diesen Parteien Stimmen ab und gefährdet damit deren Mehrheitsfähigkeit. Anders gesprochen: Die Führungsmehrheit bliebe nur mit der PDS erhalten - und das wollen die Vertreter dieser Strategie nicht. In dieser Strategie findet sich nicht nur der "Wähler-Traum" wieder, sondern auch die Absicht, als Zeichen der Integration ehemalige SED-Mitglieder in der SPD aufzunehmen wie auch Themen aufzugreifen, die zum "harten Kern" ostdeutscher Interessen gehören.

Die erste Position, die Strategie des Wettbewerbs, d.h. die integrative Strategie, zwingt die Kontrahenten, sich selbst programmatisch zu verständigen, um der Konkurrentin eine Plattform von inhaltlichen Positionen zu bieten, auf deren Grundlage sie die eingangs erwähnte "Überprüfung" durchführen will. Ein Beispiel dafür sind die vier Fragen der SPD an die PDS 1994, die ja manchen in der PDS so vorgekommen sind wie eine Überprüfung von der Art "Wie hältst Du es mit dem Klassenfeind"? Das mag irritiert haben und auch als Ausweg der SPD im Lande auf den Druck aus Bonn und Düsseldorf gesehen worden sein, aber es ist in solchen Auseinandersetzungen zulässig, aktiven Druck auszuüben, um Klärungen herbeizuführen. In der PDS wird das methodisch ja auch beherrscht.

Für diese Strategie gilt, dass die PDS als gleich betrachtet und keine Ausgrenzung angestrebt wird. Die Frage ist die nach den Facetten dieser Strategie, nämlich gilt sie einmal gegenüber der gesamten Partei oder nur gegenüber bestimmten Richtungen, gegenüber bestimmten Richtungen oder nur gegenüber bestimmten Personen und sind es letztlich nur diese Personen, mit denen man im politischen Alltag kooperiert? Ist dort, wo die PDS akzeptiert ist, die Lage eindeutig, also in Sachsen-Anhalt und in Mecklenburg? Ist in Sachsen -Anhalt die PDS oder sind die Abgeordneten der PDS im Landtag oder die Mehrheit der Abgeordneten akzeptiert? Ist in M-V- die Regierungsfraktion der PDS akzeptiert oder die Landtags- und die Regierungsfraktion oder die ganze Partei - oder spielt das keine Rolle wegen der personellen Verflechtung auf verschiedenen Ebenen?

Wenn die PDS als Ganzes angesprochen wird, geschieht die Prüfung der PDS im wesentlichen auf der programmatischen Ebene, weniger am Programm von 1993, das wäre ein Indiz für eine ideologische Beurteilung, sondern am Wahlprogramm. Dabei mischen sich aber politisch-programmatische mit ideologischen Kriterien, moralische tauchen dann überhaupt nicht mehr auf. Da kann mensch dann zu seiner Verblüffung in einem SPD-Papier von 1998 lesen: "Rücknahme der Krankengeldkürzung - Diese Forderung wurde von der SPD übernommen. Einführung einer Positivliste: Diese Forderung wurde aus dem SPD-Programm übernommen".<sup>9</sup> Man akzeptiert sich

---

9 SPD-Bundestagsfraktion, Querschnittsgruppe Deutsche Einheit, Was will die PDS, Kritik am PDS-Wahlprogramm 1998, masch. Manuskript, o. O. (Bonn), o. J. (1998), S. 9.

aber nur punktuell; eine politische Kooperation auf der Bundesebene wird daraus noch lange nicht.

In der Politikwissenschaft hat man sich m. W. bislang kaum systematisch mit den Fragen der Interdependenzen im Parteiensystem unter der Frage befasst, ob die Strategie einer Partei gegenüber einer anderen zu deren Aufstieg oder deren Abstieg beiträgt. Aus der Wahlgeschichte der

PDS ließe sich der Schluss ziehen, dass sie bis in die jüngste Vergangenheit von den sie ausgrenzenden konfrontativen Strategien profitiert hat. Die Reaktionen in der PDS darauf sind unterschiedlich. Wer sich diese Situation als Basis für Gewinne bei Wahlen erhalten möchte, der wird keine Strategie befürworten, die von der Akzeptanz der PDS ausgeht und die sie nicht nur in den Parteienwettbewerb integrieren, sondern bis hin zur Koalitionspartnerin befördern will; für die Vertreter dieser Richtung wäre das der politische "Tod" der Partei. Andere sehen darin eine unnötige Beschränkung der Fähigkeit der PDS, sich weiter zur Gesellschaft hin zu öffnen. Nun scheitern Parteien aber in den Regel daran, dass sie nicht mehr benötigt werden, wenn der sie tragende Konflikt entfällt, d.h. ihr die gesellschaftliche Basis verloren geht - oder sie zerbrechen an inneren Widersprüchen, d.h. wenn es der Führung nicht gelingt, einerseits den gesellschaftlichen Wandel aufzugreifen und innerparteilich umzusetzen und andererseits die Partei geschlossen und aktionsfähig zu halten. Parteien verbessern ihre strategischen Fähigkeiten, wenn sie sich mit dem gesellschaftlichen Wandel auch neue Interessengruppen erschließen. Die von einer Kommission der PDS vorgestellten Thesen zur Programmdiskussion<sup>10</sup> haben zur Frage des Verhaltens der PDS einen bemerkenswerten Akzent an der Stelle gesetzt, wo für eine Regierungsbeteiligung plädiert wird, auch wenn das dazu führen sollte, von den eigenen Positionen Abstriche machen zu müssen. Nicht die theoretische Stringenz von Positionen, sondern ihre Machbarkeit beweist Politik- und Gestaltungsfähigkeit. Sie kann wiederum Zustimmung durch die Wähler mit sich bringen.

Die Akzeptanz durch den Wähler ist die eine wichtige Voraussetzung für die Strategie der PDS gegenüber den andern Parteien, die andere Voraussetzung für ihre Akzeptanz ist die Beseitigung von Zweifeln an der Kompetenz und Leistungsfähigkeit der Partei. In beiderlei Hinsicht müssen sich die Konkurrentinnen im "Ernstfall" auch die entsprechende Beurteilung durch die PDS gefallen lassen, vor allem dann, wenn diese in eine für sie strategisch günstigen, d. h. Koalitionsbildungen beeinflussenden Situation gelangen würde. Bereits jetzt kann aus der ostdeutschen Parteienkonstellation für die PDS abgeleitet werden, dass sie - unter der Voraussetzung, dass die gegenwärtige Situation sich nicht gravierend zu ihren Ungunsten verändert - in den meisten ostdeutschen Ländern für die SPD der einzige Weg zur Regierungsbeteiligung ohne die CDU sein könnte bzw. ist. Sie seitens der SPD nicht als möglichen Bündnispartner, sondern anstelle der CDU als primären Wettbewerber zu thematisieren könnte angesichts der durch die Wählerentscheidungen bei den Landtagswahlen 1999 illustrierten Besonderheiten des ostdeutschen Parteienwettbewerbs bedeuten, dass der ostdeutsche Wähler veranlasst werden könnte, nicht die am Machtgewinn anscheinend desinteressierte SPD zu wählen, sondern sich für die Alternativen PDS oder CDU zu entscheiden.

---

10 Vgl. Thesen zur programmatischen Debatte, in: Pressedienst PDS Nr.41/99, S.2-32. In dieser Ausgabe findet sich auch das von Michael Benjamin, Uwe-Jens-Heuer und Winfried Wolf abgegebene abweichende "Votum zu den Thesen der Programmkommission der PDS" (S. 33-48).